



JETZT. UND HIER.

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2024



gruene-landau.de

Inhaltsverzeichnis

KAPITEL 1: KLIMA UND ÖKOLOGIE	3
1.1 KLIMASTABSSTELLE UND BÜRGERRAT KLIMA.....	3
1.2 ERNEUERBARE ENERGIEN.....	3
1.3 KLIMAAANPASSUNG.....	4
1.4 WASSER.....	5
1.5 WALD.....	5
1.6 WEINBAU UND LANDWIRTSCHAFT.....	6
1.7 BIODIVERSITÄT, TIER- UND ARTENSCHUTZ, ZOO.....	6
1.8 RESSOURCENMANAGEMENT.....	6
KAPITEL 2: WOHNEN	7
2.1 WÄRMEWENDE.....	7
2.2 WOHNUNGSBAU DER STADT.....	8
2.3 SOZIALER WOHNUNGSBAU.....	9
2.4 LEERSTAND.....	9
2.5 FLÄCHENMANAGEMENT.....	9
2.6 SENIORENWOHNEN.....	10
2.7 UNTERBRINGUNG GEFLÜCHTETER MENSCHEN.....	10
2.8 STUDENTISCHES WOHNEN.....	11
KAPITEL 3: SOZIALES UND FAMILIEN	11
3.1 KITAS.....	11
3.2 SCHULEN.....	12
3.3 LANDAUPASS+.....	13
3.4 SPORT.....	13
3.5 SPIELPLÄTZE.....	14
3.6 STÄDTISCHES KRANKENHAUS UND GESUNDHEIT.....	15
KAPITEL 4: KULTUR UND UNIVERSITÄT	15
4.1 VIELFALT UND TEILHABE.....	15
4.2 KULTURELLE STADTENTWICKLUNG.....	16
4.3 NACHTLEBEN.....	17
4.4 LEBENDIGE INNENSTADT.....	17
4.5 UNIVERSITÄT.....	18



KAPITEL 5: MOBILITÄT	18
5.1 SÜDPFALZBAHN	19
5.2 BUSVERKEHR	19
5.3 FLEXLINE	20
5.4 FUßVERKEHR	20
5.5 RADVERKEHR	20
5.6 PARKRAUMMANAGEMENT UND MOTORISIERER VERKEHR.....	21
KAPITEL 6: FINANZEN	22
6.1 GRUNDSTEUERN A UND B.....	22
6.2 LEERSTANDSSTEUER UND GRUNDSTEUER C	22
6.3 VERWALTUNGSINFRASTRUKTUR.....	23
KAPITEL 7: WIRTSCHAFT	23
7.1 GEWERBEFLÄCHENMANAGEMENT.....	23
7.2 INNENSTADT UND GASTGEWERBE	24
7.3 ENERGIE.....	24
7.4 VERKEHRSINFRASTRUKTUR	25
7.5 AZUBIWOHNHEIM	25
7.6 BÜROKRATIE, VERWALTUNG UND DIGITALISIERUNG.....	26
KAPITEL 8: DEMOKRATIE	26
8.1 KOALITION	26
8.2 #NOAFD.....	26
8.3 STADTDÖRFER	27
8.4 BETEILIGUNG	27



Kapitel 1: Klima und Ökologie

Die Klimakrise ist die entscheidendste Herausforderung unserer Zeit. Dies zu begreifen und danach zu handeln, ist die Aufgabe politischer Gremien auf allen Ebenen. Wir sehen diese Aufgabe zugleich als Chance vieles für unsere Gesellschaft in Landau besser zu machen.

Deshalb lassen sich unsere Vorschläge zu kommunalen Klimaschutzmaßnahmen nicht in einem einzigen Kapitel abbilden. Sie durchziehen dieses gesamte Programm, sei es das klimaneutrale Wärmenetz beim Wohnen, die Verkehrswende bei Mobilität oder der Ausbau von Photovoltaikanlagen. Wir müssen diese Krise stoppen. Und die Komplexität der dafür nötigen Antworten reicht weit in die Bekämpfung der anderen Krisen hinein. Heute schon sind mehrere planetaren Belastungsgrenzen überschritten. Neben der Klimakrise betrifft das Wasser, Landnutzung, biologische Vielfalt und Funktionsfähigkeit der Biosphäre. Diese Probleme zu lösen, macht unsere Welt zu einem besseren Ort.

1.1 Klimastabsstelle und Bürgerrat Klima

Die Stärkung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in der Verwaltung ist uns gelungen. Aus einer Stelle im Jahr 2019 konnten wir bis 2024 viereinhalb Vollzeitstellen in der Klimastabsstelle machen. Wir sehen zukünftig die Bearbeitung der weiterentwickelten Klimabewertung städtischer Maßnahmen in den Händen der Klimaschutzstabsstelle statt in der jeweiligen Abteilung. Das entbindet die Gesamtverwaltung nicht vom Ziel der Klimaneutralität und deren Berücksichtigung bei allen relevanten Entscheidungen, aber es verlagert die Bewertung dieser Entscheidungen an eine fachlich geeignete Stelle. Die breite Aufstellung des Teams soll auch zur Beratung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Statt einer zeitaufwendigen Fortschreibung des noch lange nicht abgearbeiteten Klimaschutzkonzeptes setzen wir auf die Einsetzung eines Bürgerrates zum Thema Klima. Dieser soll die Breite der Landauer Bevölkerung repräsentieren und den Stadtrat beratend unterstützen. Sein Ziel muss mindestens die schnellstmögliche Klimaneutralität Landaus sein.

1.2 Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien dienen neben dem Klimaschutz auch der Versorgungssicherheit und Preisstabilität vor Ort. Energie aus Wind und Sonne ist unabhängig von Spekulationen weniger Länder mit Öl- und Gasförderungsmengen und den resultierenden Preisschwankungen. Sie macht uns unabhängig von politischen Krisen und Kriegen in der Welt.

In der aktuellen Wahlperiode des Stadtrates haben wir die kommunalen Investitionen in Photovoltaikanlagen von 70.000 Euro auf im Schnitt 350.000 Euro pro Jahr erhöht. Das wollen wir auch in den kommenden Jahren beibehalten. Darüber hinaus sehen wir Möglichkeiten, Beteiligungen an weiteren Projekten im Bereich erneuerbarer Energien zu realisieren, beispielsweise Windkraftanlagen in der Region, sowohl als Beitrag zum Klimaschutz als auch zur Sicherung der Gebührenstabilität. Energiebilanzkreise sind ein Instrument, bei dem Akteurinnen die von ihnen produzierten regenerativen Strommengen mit eigenen Verbräuchen zu einem anderen Zeitpunkt



verrechnen können. Diesen Weg wollen wir mit dem GML und EWL beschreiten. Neben einer Erhöhung der Solarpflicht von 50 auf 80% der geeigneten Dachfläche bei Neubauten, werden wir auch Areale für Freiflächen-Photovoltaikanlagen ausweisen. Dafür werden wir die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung der Kommunen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz nutzen, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Erträgen sicher zu stellen. Modellprojekte zur Kombination mit landwirtschaftlicher Nutzung, insbesondere im Weinbau, werden wir unterstützen, um die Vorteile der Beschattung nutzen zu können.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss weiter gehen. Dabei werden schon bald Speicherkonzepte immer wichtiger werden. Wir wollen Quartiersspeicherkonzepte entwickeln lassen und die dafür nötigen Flächen zur Verfügung stellen. Teilweise kann auch die Produktion grünen Wasserstoffs eine solche Speichermöglichkeit sein, was wir ebenfalls entsprechend unterstützen werden. Aus GRÜNER Sicht war die Teilprivatisierung der Stadtwerke vor vielen Jahren ein Fehler, der sich kaum noch korrigieren lässt. Trotzdem tritt die EnergieSüdwest mit ihrer aktuellen Führung und Ausrichtung für das Richtige ein und an. Sie ist ein wichtiger Partner für die weiteren Projekte, von Wärmenetzen bis Energieerzeugung. Im Rahmen des städtischen Einflusses wollen wir uns dafür einsetzen, dass regenerative Projekte in der Region Südpfalz umgesetzt werden. So werden wir unserer Standortverantwortung gerecht.

1.3 Klimaanpassung

Wegen immer heißerer Sommer, langen Dürreperioden und vermehrten Starkregenereignissen ist eine Anpassung an veränderte Klimabedingungen notwendig. Die Lösungen für mehr Schatten, höhere Wasseraufnahmekapazitäten und Abkühlung sind dabei dieselben und haben gleichzeitig einen positiven Aspekt auf unser aller Gesundheit.

Unsere Stadt braucht mehr Bäume, mehr Entsiegelung, mehr Schatten und mehr Stadtgrün. Die Verbesserung der Luftqualität, des Kleinklimas und der Aufenthaltsqualität sind neben der Versickerungsfähigkeit für Wasser und der Klimaresilienz weitere gute Gründe dafür. Wo wir Bäume erkämpft haben, die es generationenlang nicht gab und die es ohne uns in dieser Zahl nicht gegeben hätte, wie in der Königstraße, sieht man: Es ist noch viel Luft nach oben. Wenn Baumpflanzungen nicht möglich sind, sind Flächenentsiegelungen, Pflanzkästen, Beete und Hochbeete allesamt gute Alternativen als Beitrag zur Klimaanpassung. Außerdem braucht das Umweltamt Verstärkung bei Kontrolle der Bepflanzungspflichten und Baumschutzsatzung sowie für Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger. Das Ende privater und öffentlicher Steingärten durch modernere Bebauungspläne werden wir konsequent herbeiführen und die Begrünungs- und Bepflanzungsregeln ausweiten. Dach- und Fassadenbegrünung wird ein selbstverständlicher Teil unserer Stadt werden. Dort, wo andere Klimaanpassungsmaßnahmen keine gute Option sind, werden wir darauf bestehen. Den Ausbau öffentlicher Trinkwasserbrunnen setzen wir fort.



1.4 Wasser

Wasser, wo immer möglich, in und auf entsiegelten Flächen zu halten, Grünflächen zur Regenrückhaltung zu gestalten und das Versickern von Wasser zu ermöglichen, sind nur einige Teile der Idee Schwammstadt. Diese bei zukünftigen Quartiersentwicklungen sowie Neu- und Umgestaltungen mitzudenken, soll ein wichtiger Aspekt der Stadtentwicklung Landaus werden. Dazu gehört auch das Zusammenwirken mit Maßnahmen des Hochwasserschutzes. Auch wenn wir eher unter Trockenheit zu leiden haben, werden durch die Klimakrise Starkregenereignisse zunehmen, die auch in Landau eine Gefahr sein können. Neben der Entlastung des Kanalsystems durch das Rückhalten des Wassers auf den Flächen ist die Renaturierung von Wasserläufen wichtig. Beginnend mit dem Birnbach zwischen Wollmesheim und Landau werden wir die nötigen Verfahren unterstützen und die im Klimaanpassungskonzept damit verbundenen Biotopvernetzungen umsetzen. Bauten des Hochwasserschutzes, wie sie insbesondere für Stadtdörfer wie Arzheim wichtig sind, müssen zukünftig regelmäßig gepflegt werden. Neubauten in Bereichen, die von Überflutung betroffen sein könnten, werden wir ablehnen. Die Nutzung und das Sammeln von Regenwasser wollen wir noch stärker über die Niederschlagsabwassergebühr fördern. All diese Maßnahmen tragen zum Schutz des Grundwassers und damit zum Erhalt unserer wichtigen Ressource Trinkwasser bei.

1.5 Wald

Die Klimakrise belastet den Pfälzerwald auf besondere Weise. Trockenheit, verschiedene Baumkrankheiten, Schäden durch den Borkenkäfer und die Überpopulation an Wild sind allesamt Probleme, die unseren Stadtwald nachhaltig schädigen können. Für uns als GRÜNE steht nicht der Ertrag aus der Holzwirtschaft im Zentrum, sondern die Funktion des Waldes als Erholungsraum, Kohlenstoffspeicher, Trinkwasserspeicher, Lebensraum für Tiere und Pflanzen und für den Tourismus. Deshalb soll der Holzeinschlag nur die Kosten für Unterhalt, Personal und Entwicklungsmaßnahmen im und für den Wald decken. Gewinne für den städtischen Haushalt müssen nicht mehr erwirtschaftet werden. Gefällt werden sollen Bäume im Stadtwald nur aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht, zur Gewinnung ökologischen Baumaterials und zur Stärkung des Waldes, beispielsweise zur Waldverjüngung und zur Förderung bestimmter Baumarten als Beitrag für einen gesunden Mischwald. Wir wollen das von Landesforsten entwickelte Angebot zur Förderung von Insektenlebensräumen in Wäldern annehmen. Für die Zukunft des Pfälzerwaldes ist ein fortschrittlicher Umgang mit der Jagd nicht zu unterschätzen. Das alte System der Jagdpachten schützt den Wald nicht ausreichend vor Verbisschäden. Regiejagden, die den ständigen Jagddruck von den Wildtieren nehmen und bessere Erfolge erzielen, oder auch städtische Jägerinnen und Jäger sind Wege aus diesem Dilemma.

Den Konflikt, den das Komitee für das Biosphärenreservat Pfälzerwald/Nordvogesen bei der Windkraftnutzung im Pfälzerwald sieht, halten wir nicht für unüberwindbar. Dass das Komitee keinen Widerspruch sieht zwischen dem vierspurigen B10-Ausbau und dem Status als Biosphärenreservat bleibt für uns unverständlich mit Blick auf die ablehnende Position zur Windkraftnutzung.



1.6 Weinbau und Landwirtschaft

Als einzige Partei stellen wir heute Stadträte aus dem Weinbau. Die Überzeugung, dass der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen wichtig für unsere Nahrungsmittelproduktion ist, leitet uns bei vielen angrenzenden Fragen.

Dazu gehören ökologische, verkehrspolitische und wohnungspolitische, wie das Ausweisen neuer Baugebiete im Außenbereich. Letzteres lehnen wir ab. Wir stehen zum Kompromiss, städtische Pachtflächen für ökologisch-biologisch wirtschaftende Betriebe zur Verfügung zu stellen. Bei der Instandsetzung von Feldwegen wollen wir Versickerungsmöglichkeiten und Wasserrückhaltung ermöglichen, Bäche renaturieren und Heckenstrukturen wieder etablieren, um die Biotopvernetzung voranzutreiben. Wir werben für ein gutes Miteinander von landwirtschaftlichem Verkehr und Radverkehr, weshalb wir alle Fahrradstraßen ins Umland für den landwirtschaftlichen Verkehr offenhalten werden und aus dem Radwegebudget bezahlen. Bei den Feldwegebeiträge wollen wir die Ortsbeiräte stärker mit einbinden, um das Miteinander von Fuß-, Rad- und landwirtschaftlichem Verkehr zu verbessern.

1.7 Biodiversität, Tier- und Artenschutz, Zoo

Städtische Rasenflächen in naturnahe Wiesen umzuwandeln ist ein Beitrag zur Biodiversität, der sogar Kosten sparen kann. Die Baumdiversität wollen wir erhöhen, die Anzahl der Mahdgänge reduzieren und das Schnittgut möglichst abtransportieren, um es ins Ressourcenmanagement einzubringen. Vom Umweltamt sollen mehr Beiträge zur Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit gestaltet werden, sei es die Ausschilderung von Naturdenkmälern, Exkursionen oder Spaziergänge mit Bürgerinnen und Bürgern. Ausgleichsflächen und Ökokontoflächen wollen wir möglichst auf Landauer Gemarkung, aber auf keinen Fall weiter entfernt als 10 Kilometer. Auf städtischen Grünflächen werden wir Pilotprojekte für Stadtwildnisflächen schaffen. Wir sind uns als Stadt unserer Verantwortung für den Tier- und Artenschutz bewusst. Um das herauszustellen, wollen wir, dass die Stadt eine bedrohte Tierart identifiziert, die in Landau noch existiert. Diese soll dann als besonderes Projekt geschützt und gefördert werden, begleitet von Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Artenschutz und Biodiversität.

Unseren Beitrag von einem Euro pro Mensch und Jahr für den Tierschutz durch das Landauer Tierheim wollen wir im Laufe der Wahlperiode um 50% erhöhen. Außerdem wollen wir mindestens eine städtische Hundewiese schaffen. Wir stehen zum Erhalt des wissenschaftlich arbeitenden Landauer Zoos.

1.8 Ressourcenmanagement

In einer kreislaufwirtschaftenden Gesellschaft gibt es keinen Müll. Bis wir dort ankommen, sind noch viele Schritte zu gehen. Wir unterstützen das Abfallwirtschaftskonzept des EWL mit dem Ziel des Ressourcenmanagements - also dem Ziel, möglichst alle Materialien einer Wiederverwendung zuzuführen. Gehölzschnitt kann zu Holzhackschnitzel verarbeitet werden, Biomüll zu Biogasen, Metalle lassen sich einschmelzen und wiederverwenden.



Deshalb ist das Mülltrennen der zweitwichtigste Schritt im Ressourcenmanagement, nach dem ersten: dem Vermeiden von Müll. Wir setzen uns daher für Landauer Feste ohne Einwegverpackungen, die Verpackungssteuer oder Behälter für Glas und Verpackungsmüll statt Plastiktüten ein. Mehrwegverpackungen werden wir im Rahmen kommunaler Möglichkeiten unterstützen und fördern. Die Rücklagen des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs (EWL) wollen wir für die langfristige Senkung der Betriebskosten, beispielsweise durch eine eigene Energieproduktion, einsetzen. Dies ist auch ein Beitrag zu langfristig stabilen Müllgebühren.

Dagegen brauchen künstlich niedrige Restmüllgebühren die finanziellen Rücklagen des EWL schnell auf, was mittel- bis langfristig zu stark steigenden Müllgebühren für Verbraucherinnen und Verbraucher führen wird. Dieses Vorgehen würden wir nicht mittragen.

Kapitel 2: Wohnen

Wohnen ist die wichtigste soziale Frage unserer Stadt. Die Verfügbarkeit von Wohnraum unterschiedlichster Art, von Senioren- und Pflegewohnen über größere Familienwohnungen bis zur Studierenden-WG im Wohnheim, und die Frage, ob Menschen sich diesen Wohnraum auch leisten können, bestimmt mit, wer in Landau lebt und leben kann. Wir wollen eine Stadt für alle Einkommensgruppen. Dafür braucht es mehr Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen. Die Bekämpfung von Leerstand, städtischer Wohnungsbau und der Ausbau des klimaneutralen Wärmenetzes sind dafür tragende Säulen.

2.1 Wärmewende

Landau hat heute schon Wärmenetze. Seien es private oder gewerbliche, wie um den Standort der EnergieSüdwest (ESW) oder in der Cité Dagobert, oder auch städtische, wie bei Pestalozzi-Grundschule, Otto-Hahn-Gymnasium und Rathaus - aus ökonomischen wie ökologischen Gründen sind diese Verbindungen richtig. Im Zuge der Nutzung geothermischer Wärme für unsere Versorgung braucht es ein weit ausgebautes Wärmenetz und einen Fahrplan, der aufzeigt, wo und wann dieses Netz ausgebaut werden soll, damit Bürgerinnen und Bürger auf dieser Grundlage private Entscheidungen treffen können. Deshalb war es wichtig, dass wir GRÜNEN im Sommer 2022 die kommunale Wärmeplanung auf den Weg gebracht haben. Diese wird Ende 2024 abgeschlossen sein. Wir sind davon überzeugt, dass Wärmenetze mindestens für die Kernstadt, Horst und Wollmesheimer Höhe der richtige Weg sind und eine gute Alternative zu Individuallösungen darstellen.

Schon heute werden deshalb von der ESW und der Stadt, wo immer technisch möglich, bei Straßensanierungen die nötigen Leitungen gebaut. Zentrale Ankernutzer dieses Wärmenetzes müssen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Bäder, Krankenhäuser, Kitas und Senioreneinrichtungen sein. Bei den unterschiedlichen Pfaden des Landesförderprogramms KIPKI haben wir deshalb Projekte zum Ausbau des Landauer Wärmenetzes angemeldet. Darüber hinaus sollte die Stadt ihre kleineren Wärmenetze ausweiten und Privaten im Umfeld anbieten sich anzuschließen, damit wir schneller vorankommen. Dazu kann auch die Nutzung ehemaliger Erdölbohrlöcher gehören.



Sollten weitere Geothermieranlagen auf Landauer Gemarkung Thema werden, werden wir diese unterstützend begleiten und für einen guten Lärmschutz für Anliegerinnen und Anlieger eintreten.

Wichtige Voraussetzung für die Wärmewende in Landau sind ein stabiler, niedriger Preis in Relation zum Verbrennen von Kohle, Gas und Holz. Geothermische Wärme kann dies bieten, braucht aber ausreichend Nutzerinnen und Nutzer entlang der Leitungswege. Andere wichtige Voraussetzungen für den Erfolg dieses Weges sind Widerstandsfähigkeit und Redundanz. Wir dürfen nicht abhängig werden von einer einzigen Energiequelle. Und wir müssen unsere Energiekosten gesamtgesellschaftlich senken, weshalb wir für Neubauten in Landau den Effizienzhaus-40-Standard unterstützen.

Diese Wärmenetze sind im Rahmen der Wärmewende auch in der Lage, in zukünftig heißeren Sommern zu kühlen. Angesichts der fortschreitenden Klimakrise ist auch das ein für uns wichtiger Aspekt, auch wenn die Frage von Wärme vor allem im Winter im Vordergrund steht. Heizkosten müssen, wie auch Mieten, möglichst niedrig bleiben.

2.2 Wohnungsbau der Stadt

Viele Instrumente des sozialen Wohnungsbaus haben nur eine kurze Halbwertszeit. Das ist angesichts der Langfristigkeit des Themas "Wohnen und Bauen" ein Problem. Aus Landesprogrammen geförderte Mietwohnungen mit niedrigen Mietpreisen können schon nach 15 Jahren aus der so genannten "Bindung" fallen und als Eigentumswohnungen verkauft werden. Angesichts der schon seit vielen Jahren hohen Preise bei Wohneigentum und den nun stark gestiegenen Zinsen, bleibt Wohneigentum, insbesondere im freistehenden Einfamilienhaus, für die wenigsten Landauerinnen und Landauer leistbar.

Für uns sind das zentrale Punkte, um auf den Wohnungsbau durch die Stadt selbst zu setzen. Ob die Trägerschaft nun "Gebäudemanagement Landau (GML)" oder "Wohnungsbaugesellschaft" heißt, ob als Eigenbetrieb oder als GmbH organisiert, ist uns für die kommenden Jahre nicht das Entscheidende. Es braucht vordringlich eine Fortsetzung der begonnenen Wohnbauaktivitäten durch die öffentliche Hand und das Halten möglichst aller so gebauten Wohnungen. Nur so können wir langfristig sicherstellen, dass die eingesetzten Gelder auch noch in vielen Jahrzehnten niedrige Mieten garantieren.

Holzmodulbauweise statt traditioneller Bauweise kann dazu einen erheblichen Anteil beitragen. Mit einer erwarteten Lebenszeit von bis zu 70 Jahren, was schon ältere Holzbauten in Landau nachgewiesen haben, und deutlich niedrigeren Kosten pro Quadratmeter könnte dem städtischen Wohnungsbau neuer Schub verliehen werden. Nach gut 50 Wohneinheiten in den vergangenen fünf Jahren wollen wir in den kommenden fünf 200 Wohneinheiten in Holzmodulbauweise an unterschiedlichen Stellen in der Stadt realisieren. Ein uns wichtiges Projekt dazu ist ein Wohnheim für Auszubildende, das wir gerne gemeinsam mit Landauer Unternehmen und als Unterstützung von Ausbildungsberufen ermöglichen wollen. Zwei Faktoren sind wichtig für den langfristigen Erfolg des Wohnungsbaus durch die Stadt: Einerseits die angemessene Erhöhung der aktuell teilweise unter 5 Euro pro Quadratmeter liegenden Mieten nach (energetischen) Sanierungen im Bestand. Andererseits die kostenfreie zur Verfügungsstellung von Bauland durch den städtischen Haushalt für die Holzbauprojekte. Beides werden wir im Stadtrat vorantreiben.



Andere Akteurinnen und Akteure, seien es Wohnungsbaugesellschaften des Landes, aus anderen Städten, durch Kirchen oder genossenschaftliche Projekte, werden wir unterstützen. Wichtig sind uns dauerhafte, günstige Mietwohnungen für Menschen in Landau.

2.3 Sozialer Wohnungsbau

Auch wenn die geringen Bindungszeiten für geförderte Sozialwohnungen eine Herausforderung darstellen, braucht es kurz- bis mittelfristig die Unterstützung privater Akteurinnen und Akteure auf dem Mietwohnungsmarkt. In der aktuellen Lage, mit sinkender Bauaktivität, hohen Zinsen und weiterhin hohen Kaufpreisen, werden Förderprogramme für Mietwohnungen auch für private Unternehmen immer wichtiger. Solange dieser Trend anhält, wollen wir eine Erhöhung des Anteils sozial-geförderter Mietwohnungsbauquoten beim Verkauf städtischer Grundstücke. Aktuell halten wir auch 50% für realisierbar. Um sowohl Wohnungsbau durch die Stadt wie auch durch Private zu unterstützen, wollen wir in Kombination mit Parkraummanagement im öffentlichen Raum den Mindeststellplatzschlüssel auf das Minimum senken, um Wohnen nicht unnötig zu verteuern. Das erlaubt weiterhin allen Bauträgern so viele Stellplätze pro Wohneinheit zu errichten, wie diese wollen, senkt aber für viele Bauprojekte die Kosten pro Wohneinheit schnell um zehntausende Euro, was wiederum Kaufpreise und Mieten beeinflusst.

2.4 Leerstand

Wir haben durch unsere Arbeit in den letzten Jahren aufgezeigt, dass Landau, wie auch viele andere Städte, ein Leerstandsproblem hat. Während zeitgleich viele Menschen nach Wohneigentum oder Mietwohnraum suchen, gibt es in unserer Stadt hunderte, teilweise seit Jahrzehnten leerstehende Wohnungen und Häuser, die dem Verfall überlassen werden. Leerstand ist deshalb nicht nur ein Wohnraumproblem, er verschandelt auch Nachbarschaften, geht an die Substanz von Nachbargebäuden und ist eine Verschwendung gemeinschaftlicher Ressourcen. Nach anfänglicher Ablehnung des von uns und Sozialdemokraten Anfang 2022 vorgeschlagenen Wegs der Zweckentfremdungsverbotssatzung (auch: Wohnraumschutzsatzung), hat die Verwaltung ihn jetzt doch für gangbar befunden. Wir wollen so Leerstände wieder aktivieren und auf den Wohnungsmarkt zurückbringen. Das hilft insbesondere Innenstadt und Stadtdörfern. Eventuelle Einnahmen wollen wir zweckgebunden dem städtischen Wohnungsbau, der Beratung von Immobilienbesitzenden, sowie der Leerstandsinitiative zuführen. Aus bürgerschaftlichem Engagement entstanden, bemüht sie sich innerhalb der Stadtgesellschaft um die Sensibilisierung für das Thema und könnte, anders und vielleicht besser als die Verwaltung, Nach- und Zwischennutzungen organisieren.

2.5 Flächenmanagement

Den schon vor Jahren beschrittenen Kurs, nur noch dann neue Wohnquartiere oder Gewerbegebiete auszuweisen, wenn die Stadt zuvor die entsprechenden Flächen erwerben konnte, halten wir für richtig und wollen ihn beibehalten.



Er sichert uns Planungsvorteile und kann Gewinne aus solchen Prozessen der Solidargemeinschaft zuführen. Da vertragliche Regelungen, die Alteigentümern einen großen Anteil an steigenden Baulandpreisen zusicherte, immer wieder zu Problemen führten, werden wir entsprechende Regelungen nur noch in einem Rahmen bis maximal 20% mittragen. Außerdem wäre bei zukünftigen Projekten im Rahmen des Flächenmanagements das alte, aber bewährte, Instrument der Erbpacht bei besonders förderungswürdigen Projekten wieder einzusetzen.

Wichtiger als die nur noch selten auftretende Frage neuer Wohn- und Gewerbegebiete ist ein aktives kommunales Flächenmanagement. Bei diesem sollten wir Brachen, Leerstände, ehemalige Gewerbeimmobilien und ähnliche Konstellationen im Innenbereich kaufen und für Wohn- und Gewerbeziecke neu entwickeln. Das schützt ökologisch wertvolle Außenbereiche und landwirtschaftliche Flächen vor Versiegelungen. Es stärkt aber auch die Handlungsfähigkeit der Stadt. In den nächsten fünf Jahren sehen wir keinen Bedarf für weitere Neubaugebiete im Außenbereich.

2.6 Seniorenwohnen

Seniorenwohnen ist vielfältig und nicht nur eine bauliche, sondern auch eine soziale Frage. Altersarmut trifft viele ältere Menschen. Geringe Renten und zu große, kaum bewohnte Häuser belasten insbesondere Frauen. Deshalb braucht es einerseits neue, barrierearme, seniorengerechte Angebote auch wohnortnah in den Stadtdörfern, andererseits eine gute und respektvolle Ansprache der Betroffenen. Der Trend der letzten Jahrzehnte, nicht mehr mit drei und mehr Generationen zusammen ein Haus zu bewohnen, lässt sich nicht einfach rückgängig machen. Wir werden Projekte für generationenübergreifendes Wohnen unterstützen. Mit passenden Wohnkonzepten, von der günstigen, barrierefreien Zwei-Zimmer-Wohnung bis zur Pflege-WG, können wir als Stadtgesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten, um der Lebensleistung Älterer angemessen Respekt zu zollen. Gute Angebote lassen sich dann auch gut kommunizieren und werden angenommen werden, wofür es innerhalb der Verwaltung allerdings Anlaufstellen und Zeit braucht. Dass sich das lohnt, würden nicht nur freiwerdende Häuser zeigen, sondern auch Ältere, die in ihrem Dorf und sozialen Umfeld ein neues Zuhause finden.

2.7 Unterbringung geflüchteter Menschen

Die Unterbringung geflüchteter Menschen stellt uns vor Herausforderungen - und zeitgleich sehen wir GRÜNE eine historische Verpflichtung darin, Menschen Schutz und Obdach zu bieten, die vor Krieg und Gewalt fliehen. Nachdem die dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten in Landau weitgehend erschöpft waren, richtete die Verwaltung in der Schlachthofstraße eine zentrale Unterkunft ein. Diese werden wir voraussichtlich noch einige Zeit brauchen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden. Mittel- bis langfristig aber sind es dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten, die Integration fördern und die Aufgabe auf die breiten Schultern der Gesamtstadt verteilen. Der städtische Wohnungsbau kann hierzu einen Beitrag leisten.



2.8 Studentisches Wohnen

Studierende sind sehr flexibel darin, verfügbaren Wohnraum optimal für sich zu nutzen. Dass es Vermieterinnen und Vermieter gibt, die die Zahlungsbereitschaft pro Zimmer nutzen, um höhere Renditen mit ihren Mietwohnungen zu erzielen, ist nicht die Schuld der Studierenden. Neben der kulturellen Bereicherung, der Verjüngung der Stadtgesellschaft und dem wissenschaftlichen Beitrag der Universität, ist die studentische Flexibilität auf dem Wohnungsmarkt eigentlich ein Vorteil. Den stark unterdurchschnittlichen Anteil öffentlicher Studierendenwohnheime in Landau wollen wir weiterhin mit Angeboten für Flächen an das Studierendenwerk erhöhen. Es muss das Ziel bleiben, die Wohnheimquote von aktuell knapp fünf Prozentpunkten über das Landesziel von zehn Prozentpunkten hinaus zu steigern. Das bedeutet mindestens vierhundert zusätzliche Wohnheimplätze in Landau. Da sich das in fünf Jahren kaum realisieren lässt, müssen jetzt Arbeiten und Überlegungen begonnen werden, um dem Problem zu begegnen.

Kapitel 3: Soziales und Familien

Die wichtigsten sozialpolitischen Themen werden im deutschen Bundestag und im Landtag entschieden. Renten, Ausbildungsförderung, Arbeitslosenversicherung, Bildung und Pflege werden deshalb kommunal oft nur verwaltet und organisiert, aber nicht beschlossen. Umso wichtiger ist es, in den Bereichen unseren kommunalen Gestaltungsspielraum für eine solidarische Gesellschaft zu nutzen, wo wir ihn haben: bei Kitas, den Ausstattungen von Schulen, Sportstätten und Spielplätzen.

3.1 Kitas

Für Gleichberechtigung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Betreuungsplätze in Kitas, bei Tageseltern und später auch in Ganztagschulen unverzichtbar. Als GRÜNE ist uns die bestehende Trägervielfalt wichtig. Bei neuen Einrichtungen setzen wir auf die Trägerschaft der Stadt, da der Kostendruck mittlerweile dazu führt, dass andere Träger teilweise mehr als 100% der Kosten pro Platz bei der Stadt geltend machen wollen und um die Wahlfreiheit der Eltern zu stärken. In einigen Teile Landaus gibt es aktuell keine Alternative zu religiösen Trägern. Beispielsweise fehlen städtische Kitas im Norden, auf der Wollmesheimer Höhe, im Horst und auf den Stadtdörfern. Gut dazu passen würden auch besondere Angebote im Kitabereich, wie unser Herzensprojekt die Zookita, die Umweltbildung mit der besonderen Tradition des Landauer Tiergartens zusammenbringen würde.

Wir wollen eine zentrale, verbindliche Anmeldung für alle Kitas über eine einzige Plattform. Berücksichtigt werden soll dabei das Wohnortprinzip, weil wir überzeugt sind, dass Menschen auch ein paar Wochen warten würden, wenn sie dafür einen Kitaplatz in ihrem Viertel bekommen würden. Die Grundschulbezirksgrenzen sollten dabei möglichst ebenfalls eingehalten werden, um Kindern und ihren Freundinnen und Freunden die Chance zu bieten, gemeinsam auf dieselbe Grundschule wechseln zu können.



Insbesondere fehlen auch in Landau Plätze für unter 2-jährige Kinder, die wir in den kommenden Jahren verstärkt schaffen müssen. Für berufstätige Eltern sind Kitaöffnungszeiten wichtig, die an heutige Arbeitszeiten angepasst sind. Nicht alle Menschen arbeiten erst ab neun oder nur bis 17 Uhr, woran sich Betreuungsmöglichkeiten heutzutage flexibel orientieren sollten. Verbesserungen im Außen- und Spielplatzbereich von Kitas wollen wir, wo möglich, unterstützen. Ein Beispiel ist hier das Sonnensegelförderprogramm, das 2024 beginnt.

Ergänzend zu Kitas sind Tagesmütter und Tagesväter wichtig für die Betreuung der Jüngsten in unserer Stadt. Deren Vergütung werden wir zukünftig regelmäßig anpassen und dabei Lücken durch Übergangszeiten berücksichtigen.

Die Stadtverwaltung Landau sollte als gutes Beispiel einer familienfreundlichen Arbeitgeberin vorangehen und eine Betriebskita oder eine vergleichbare Lösung erarbeiten.

3.2 Schulen

Auch wenn Inhalte des Unterrichts und die Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern sowie die Personalstärke an Schulen Landespolitik sind, können wir vor Ort als Träger der Gebäude und Arbeitgeberin für Personal in Sekretariat, IT-Abteilung und Schulsozialarbeit unseren Beitrag leisten.

Digitalisierung im öffentlichen Dienst schreitet nirgendwo so schnell und konsequent voran wie im Schulbereich. Kreide und Schiefertafel sind schon einige Zeit abgelöst. Trotzdem bleibt viel zu tun, sei es bei Materialien, der Ausstattung der Schulen oder bei der Bereitstellung von Personal. Gerade an letzterer Stelle können wir als Stadt den Schulen mit möglichst spezifisch zugeordneten Personen für Technik und Verwaltung helfen, Probleme zu vermeiden und Prozesse zu verbessern. Das entlastet aus unserer Sicht Lehrerinnen und Lehrer.

Außerdem möchten wir zusätzliche Stunden für alle Schulsekretariate zur Verfügung stellen. Eventuell können Arbeiten wie das Organisieren von Ausflügen, das Ausdrucken von Material, das Vorbereiten von Unterrichtsräumen und viele andere, teils "klein" wirkende Aufgaben durch Hilfskräfte abgenommen werden, um Lehrerinnen und Lehrern die Zeit zu verschaffen, die sie für ihre Kernaufgabe brauchen.

Vorsorgend wollen wir Schulsozialarbeit erhalten und ausbauen, da sie jungen Menschen in wichtigen und teils schwierigen Entwicklungsphasen hilft und beisteht. Sie ist auch bei Konflikten innerhalb der Schulgemeinschaft oder bei Mobbing eine wichtige Anlaufstelle. Dazu sollen auch schulpsychologische Angebote gehören, die Schülerinnen und Schüler wie ihre Eltern beraten und begleiten.

Zentrale Herausforderung in der Fortsetzung der Kitapolitik der letzten Jahre wird der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen sein. Als GRÜNE Landaus glauben wir, dass darauf ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auch teilweise an weiterführenden Schulen folgen dürfte. Sowohl in Grundschulen als auch an weiterführenden Schulen ist dafür viel zu tun: Betreuungs- und Differenzierungsräume, Aufenthaltsräume, Erneuerung von Schulhöfen, aber auch ein gutes Schulesen gehören dazu. Als GRÜNE ist uns die Wahlfreiheit der Eltern in unserer Stadt bei Betreuungsfragen wichtig. Wir setzen uns daher für verschiedene, flexible Zeitmodelle ein.



Alternativ zu einer gemeinsamen Zentralküche kann Schulessen auch in kleinräumigeren Kooperationen organisiert werden, wenn beispielsweise das Studierendenwerk mit seinem Mensa-Angebot KARS und MSG unterstützt oder Grundschülerinnen und Grundschüler der Grundschule Süd an der Montessori-Schule essen. Wenn Qualität und Quantität des Essens nicht stimmen oder die Preise zu hoch sind, wird die wichtige Ganztagsbetreuung an entscheidender Stelle unterlaufen. Uns als GRÜNEN sind dabei Regionalität und echte Alternativen für unterschiedliche Essgewohnheiten ein Anliegen. Vegane und vegetarische Mahlzeiten sind heute Standard und sollten es auch in Landau sein.

3.3 LandauPass+

Den LandauPass wollen wir zu einem LandauPass+ weiterentwickeln. Dieser soll weitreichendere Vergünstigungen und Angebote für Menschen mit geringem Einkommen sicherstellen. Wir wollen hier gezielt auch Landauer Unternehmen und Initiativen ansprechen und perspektivisch den Landauer ÖPNV integrieren. Der LandauPass soll als solidarischer Pass für Alle erhalten bleiben.

3.4 Sport

Schwimmen zu können ist eine wichtige Fähigkeit für das weitere Leben junger Menschen, sei es als Sport oder als Freizeitbeschäftigung. Völlig klar ist deshalb für uns der Erhalt des Freibades, auch mit Blick auf seine Funktion als Erholungsraum im Sommer für Menschen aller Einkommensgruppen. Den Eintritt für Inhaberinnen und Inhaber des LandauPasses+ wollen wir reduzieren.

Die Zukunft des La Olas ist eine der entscheidenden Fragen in den kommenden Jahren. Das Bad ist in die Jahre gekommen und kann mit anderen Erlebnisbädern nicht mehr mithalten. Zeitgleich schreibt es Verluste, die sich auf annähernd 3 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Als GRÜNE sehen wir die Zukunft des La Olas nicht im Wettbewerb mit Palmenparadies oder Europabad, sondern als Sportbad für Schulen, Vereine, Ältere und für das Freizeitschwimmen. Um die hohen Betriebskosten bei einer Erneuerung zu senken, müssen die energetische Sanierung und der Anschluss an das städtische Wärmenetz mit eingeplant werden. Aber auch das Ersetzen des teuren Wellenbeckens gegen ein Kursbecken zum Schwimmenlernen oder für Aquafitness und die Neugestaltung des Kinderbereiches sind für uns wichtige Punkte. Zusätzlich halten wir die Trennung des Schul- und Vereinsschwimmens und des Freizeitschwimmens für das Richtige. Ein ausgewogenes Wasserflächenmanagement für die zur Verfügung stehenden Becken hilft dabei. Ein attraktiver Saunabetrieb kann einen Teil der finanziellen Verluste des Badbetriebs ausgleichen. Dazu würde ein separater Eingang zum Saunabereich ebenso gehören wie ein stabiler Gastronomiebetrieb im La Ola. Angesichts der stark gestiegenen Energiekosten mussten die Preise in den vergangenen Jahren steigen. Wir wollen sie für Inhaberinnen und Inhaber des LandauPass+ stabil halten. Für Schwimmerinnen und Schwimmer soll eine Kurzschwimmkarte von 75+15 Minuten eingeführt werden.



Nachdem in den vergangenen Jahren der Rasensport im Fokus der Sportstättenentwicklung Landaus stand, wollen wir nach der Sporthalle West nun eine echte Ersatzhalle für die aufgegebene Rundsporthalle schaffen. Der Hallensport braucht eine große Halle mit Tribüne für Zuschauerinnen und Zuschauer, aber auch mit Besprechungsräumen, Verkaufsmöglichkeiten und einer guten Erreichbarkeit für öffentlichen und Individualverkehr. Ende der Wahlperiode soll das Projekt realisiert werden.

Immer wieder wird Kritik wahrnehmbar an aktuellen Hallenbelegungszeiten. Wir streben eine Neuorganisation der Verteilung nach einer Überprüfung des Ist-Zustandes an, um zu vermeiden, dass Hallen zeitlich belegt sind, aber nicht (mehr) genutzt werden. Dafür soll den Vereinen die Möglichkeit einer digitalen Hallenbelegung gegeben werden. Die Schließung von Schulsporthallen in den Ferien führt bei vielen Vereinen zur Beeinträchtigung des Trainingsbetriebes.

Gerade für Kinder und Jugendliche ist ein Bewegungsangebot in den Ferien sehr wichtig. Daher setzen wir uns für eine möglichst durchgehende Öffnung aller Sporthallen ein, wie das schon auf Sportplätzen praktiziert wird.

Für den Rasensport wurden die Kunstrasenplätze Süd und West bereits umgesetzt, der im Horstring folgt 2024/2025. Durch die häufigere Bespielbarkeit dieser Plätze ist sichergestellt, dass es heute mehr Spiel- und Trainingszeiten auf diesen drei Plätzen insbesondere im Winterhalbjahr gibt, als es sie lange Zeit in Landau gab. Alle diese Kunstrasenplätze mussten aber leider mit Mindestmaßen gebaut werden, da nur diese gefördert wurden. Mit städtischem Geld könnte beim nächsten Projekt über die geltenden Mindestmaße hinausgegangen werden, was wir unterstützen würden. Zeitgleich sollte mindestens ein Rasenplatz in Landau so konzipiert werden, dass er auch für Rugby, American Football und andere Sportarten genutzt werden kann.

Sportstationen (Calisthenic Anlagen) sind insbesondere für Menschen, die nicht in Sportstudios gehen wollen oder sich diese nicht leisten können, eine gute Alternative für ein Ganzkörpertraining. Die Erfolge der Anlagen in den Queichwiesen und im Goethepark wollen wir auf der Wollmesheimer Höhe, im Malerviertel und auf dem Sportcampus in den kommenden fünf Jahren wiederholen. Dabei sollen je Anlage unterschiedliche Schwerpunkte und Trainingsmöglichkeiten besonders berücksichtigt werden.

Leben und leben lassen ist uns auch zwischen Menschen, die Wandern wollen und Menschen, die Mountainbike fahren im Pfälzerwald ein Anliegen. Um Konflikten entgegenzuwirken, können gut angelegte und ausgewiesene Mountainbiketrails einen Beitrag leisten. Einen solchen würden wir auch im Stadtwald Landau unterstützen.

3.5 Spielplätze

Spielplätze sind lebendige Treffpunkte ihrer jeweiligen Quartiere. Um Landaus Spielplätze zu sanieren und Lücken in der Stadt zu schließen, wollen wir 100.000 Euro pro Jahr zusätzlich zur Erneuerung und für den Neubau von Spielplätzen im städtischen Haushalt reservieren. Dabei gilt es Inklusionsspielgeräte, wie bereits im Ostpark geschehen, auch auf anderen Spielplätzen zu installieren. Unterschiedliche Spielplatzkonzepte sollen dabei berücksichtigt werden, sei es für unterschiedliche Altersgruppen, naturnah gestaltet oder auch mit thematischen Schwerpunkten. Dazu gehört auch ein überdachter Schlechtwetterspielplatz.



Den Skatepark werden wir an bestehender Stelle ausbauen und in die Jahre gekommene Geräte wie die großen Quarterpipes ersetzen. Um den unterschiedlichen Nutzerinteressen gerecht zu werden, unterstützen wir die Idee eines Pumptracks.

3.6 Städtisches Krankenhaus und Gesundheit

Der Trend zu Gemeinschaftspraxen und medizinischen Versorgungszentren hält an. Auch wenn damit der Rückgang dezentraler Versorgung verbunden ist, müssen wir anerkennen, dass sich diese Entwicklung kaum zurückdrehen lässt. Umso wichtiger ist die gute Erreichbarkeit zu Fuß, mit Rad, ÖPNV und Auto. Barrierefreiheit ist ebenfalls ein entscheidender Faktor. Beides werden wir sicherstellen.

Einer anderen Entwicklung werden wir uns als GRÜNE entgegenstellen. Landaus Krankenhaus befindet sich in einem harten Wettbewerb innerhalb eines schlecht organisierten Gesundheitssystems. Nach dem Ende des Standortes Annweiler im Krankenhausverbund könnte sich in den kommenden Jahren auch in Landau die Frage stellen, ob es zwei Krankenhäuser in einer Stadt braucht. Wir sehen für unser städtisches Krankenhaus eine Zukunft, stehen zur Weiterentwicklung des Standortes und werden auch in harten Zeiten nicht in unserem Engagement nachlassen. Letztlich sind wir überzeugt, dass es in Landau sowohl diese Bettenanzahl, wie auch die Vielfalt an Leistungen und Spezialisierung braucht.

Kapitel 4: Kultur und Universität

Eine lebenswerte Stadt bietet weit mehr als nur Arbeiten und Wohnen. Kultur, Feste, Nachtleben, Gastronomie und Leben auf den Straßen – all das gehört für uns GRÜNE zu Landau. Deshalb treten wir für den Runden Tisch Kultur und für die Einführung des Kulturbeirats ein. Wir konnten in den letzten Jahren die Schankerlaubnissteuer für die Gastronomie und die Steuer auf Kultureintrittskarten abschaffen, um Kultur für mehr Menschen zugänglich zu machen. Außerdem haben wir die baurechtlichen Voraussetzungen für die Rettung des Gloria als Party- und Veranstaltungsstätte sowie weitere Projekte im Nordosten der Innenstadt auf den Weg gebracht. Das alles waren für uns nur erste Schritte in einem nun beginnenden Prozess für das Landauer Kultur- und Nachtleben. Gerade für uns als Universitätsstadt ist das auch eine elementare Standortfrage.

Die Gestaltung der "Kulturstadt Landau" ist dabei keine ausschließliche Aufgabe von Politik und Verwaltung, sondern muss nach unserem Verständnis stets alle Akteur*innen der Stadtgesellschaft einbeziehen.

4.1 Vielfalt und Teilhabe

Kulturnacht, Artists in Town, Fête de la Musique haben gezeigt: Landau kann Kultur. Das war möglich durch viel Engagement Ehrenamtlicher und Kulturschaffender unterstützt durch die Ehrenamtsbeauftragte. Als GRÜNE möchten wir dafür Rahmenbedingungen schaffen, um diese ehrenamtliche Arbeit zu erleichtern.



Dazu gehört eine hauptamtliche Struktur im Kulturbüro, die ehrenamtliches Engagement unterstützt und fördert, sei es in der Vermittlung von Räumen, einer gemeinsamen Veranstaltungsplattform oder dem Koordinieren. Insbesondere solche Kulturangebote ohne Konsumzwang und im öffentlichen Raum sollten es uns Wert sein, auch öffentliche Strukturen einzubringen. Dabei geht unser Verständnis von Kultur deutlich über das Angebot der Festhalle hinaus.

Die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur im öffentlichen Raum wollen wir weiter verbessern. Zum Beispiel möchten wir bereits vorhandene öffentliche Bühnen wie etwa die Muschel im Goethepark und andere geeignete öffentliche Flächen für lokale Kulturakteur*innen- und -initiativen öffnen und sie so zu Orten für Kultur und Begegnung werden lassen, an denen ein vielfältiges Programm für unterschiedliche Zielgruppen entstehen kann.

Den 2023 eingeführten LandauPass, mit dem auch einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu städtischen Kultureinrichtungen möglich wird, wollen wir auf alle städtischen Kultureinrichtungen ausweiten und auch freie Träger einbeziehen.

Wir begrüßen den Einstieg in die finanzielle Förderung der freien Szene und werden den Prozess wo immer möglich unterstützend begleiten.

Gezielte Förderungen für interkulturelle Initiativen und Projekte der kulturellen Integration können daher ein wertvoller und nachhaltiger Beitrag zur notwendigen Stärkung einer demokratischen und toleranten Gesellschaft sein.

Um eine leichte Anreise mit dem Bus zu den Kulturveranstaltungen und bei Stadtfesten zu ermöglichen, haben wir die Taktung der Buslinien verstärkt. Das möchten wir weiterführen und ausbauen, beispielsweise mit einem Kulturticket, mit dem man kostenlos mit dem Bus und Zug zu den städtischen Veranstaltungen und vor allem nach diesen Veranstaltungen wieder nach Hause fahren kann.

Für Schulklassen wollen wir kostenlosen Eintritt in städtische Kulturräume, wie zum Beispiel die Villa Streccius, ermöglichen, um kulturelle Bildung einfach zugänglich zu machen.

4.2 Kulturelle Stadtentwicklung

Wir sind davon überzeugt, dass der Kultur- und Kreativwirtschaft künftig eine größere Rolle bei der Entwicklung unserer Stadt zuteilwerden muss. Quartiersentwicklungen wie die Uferschern Höfe weisen in die richtige Richtung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Kultur- und Kreativakteur*innen gezielt in Stadtentwicklungsprozesse einbezogen werden.

Initiativen wie das städtische Leerstandsprogramm „LeLa – It’s a match“ sind ein erster Schritt auf dem Weg zur Transformation unserer Innenstadt. Wir wollen eine Verstetigung dieses Programms, damit kreative Zwischennutzungen auch mittel- und langfristig einen Beitrag zur Revitalisierung unserer Innenstadt leisten können. Einen Schwerpunkt soll dabei die Nutzung und Umgestaltung von Leerständen und Brachflächen für und durch Kinder und Jugendliche bilden. Hier könnte sich auch eine Möglichkeit bieten, Räume für Jugendliche ohne Konsumzwang für Treffen auch abends bereitzustellen. Und auch für die oft diskutierte Landauer Nacht- und Clubkultur bieten sich in diesem Bereich gute Anknüpfungspunkte.



Außerhalb der Innenstadt sehen wir ebenfalls Möglichkeiten für zusätzliche Kulturorte. Bei der Entwicklung des neuen Stadtviertels im Südwesten wollen wir uns für eine „Kulturquote“ einsetzen, um mit kultureller Infrastruktur einen Beitrag zur Lebendigkeit des neuen Viertels zu leisten.

Im Hinblick auf die Neustrukturierung des Stadt- und Kulturmarketings erachten wir eine mittelfristige Kulturentwicklungsplanung unter breiter Beteiligung von Bürgerschaft, Kulturszene, Verwaltung und Politik für sinnvoll, um aus einer Diskussion der Stärken, Schwächen und Potentiale planvoll und zielgerichtet das kulturelle Profil Landaus zu entwickeln und gestalten.

4.3 Nachtleben

Die Strategie früherer Stadtverwaltungen und Stadtratsmehrheiten, Feiern und Tanzen ins Gewerbegebiet auszulagern, ist gescheitert. Wir treten ein für ein reiches Nachtleben in der Innenstadt. Dazu gehört nicht nur der Erhalt des Logo, sondern auch die Weiterentwicklung des Gloria. Die baurechtlichen Voraussetzungen hat der Stadtrat dafür schon auf den Weg gebracht. Wir werden diese Entwicklung unterstützen und auch weitere Bars und Clubs unterstützen, wie wir es schon mit der Abschaffung der Schankerlaubnissteuer getan haben. Zu diesem Gesamtprojekt gehört selbstverständlich ein Ausgleich zwischen Anwohnerinnen und Anwohnern einerseits und Feiernden andererseits. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch zu sagen, dass mit einer aktiven Unterstützung des Nachtlebens Konflikte nicht ausbleiben werden. Manche werden mit mehr Festen, Feiern, Tanz und Party die Innenstadt nicht mehr als Wohnort für sich sehen. Aber eine Universitäts- und Schulstadt braucht diese Freiräume.

Wir unterstützen daher die Schaffung eines/einer Beauftragten für Nachtkultur und erhoffen uns dadurch neue Impulse für das Landauer Nachtleben. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die neu zu schaffende Stelle sich nicht „nur“ mit Belangen der Nachtkultur beschäftigt, sondern städtische/r Ansprechpartner*in für alle Kultur- und Kreativakteur*innen der Freien Szene wird.

4.4 Lebendige Innenstadt

Landaus lebendige Innenstadt ist keine Selbstverständlichkeit, wie man an vielen umliegenden Städten und Dörfern heute schon sieht. Insbesondere das Internet setzt den Einzelhandel in den Kategorien Preis und Bequemlichkeit unter Druck. Diese Auseinandersetzung kann unsere Innenstadt nur gewinnen, wenn Aufenthaltsqualität, Kultur- und Veranstaltungsangebot sowie eine starke Kombination aus Einzelhandel und Gastronomie bietet, was das Internet nicht bieten kann. Begegnungen mit anderen Menschen können schon kleine Maßnahmen fördern, von Sitzgelegenheiten bis hin zu Spielplätzen.

An all diesen Punkten werden wir weiterarbeiten: Mehr Bänke im öffentlichen Raum, Spielplätze für Kinder, kostengünstiger Raum für die Gastronomie und die Ausweitung des Stadtgrüns. Die ersten Erfolge beharrlichen Arbeitens an einer solchen Innenstadt kann man nun schon in Martin-Luther-Straße und Königstraße besichtigen. Dass dabei eher mehr Bäume und Grünflächen auch mit Blick auf zukünftige Sommer gebraucht werden, ist für uns GRÜNE klar. In dieser Hinsicht wollen wir auch an zusätzlichen Schattenquellen und Trinkwasserspendern arbeiten.



4.5 Universität

Für uns bedeutet Universitätsstadt mehr als nur ein Vermerk auf dem Ortsschild. Die Studierenden und Mitarbeitenden prägen das Miteinander in unserer Stadt. Mit der Einrichtung des Universitätsausschusses haben wir eine Austauschmöglichkeit zwischen Uni und städtischer Politik geschaffen.

Wir wollen die Universität noch stärker in der Stadt sichtbar machen. Mit der Einführung eines OpenCampus wollen wir einen Raum in der Innenstadt schaffen, in dem Forschung und studentisches Leben Platz haben. Eine Zusammenarbeit mit der Leerstandsinitiative und anderen universitären Einrichtungen wie der Friedensakademie sind dabei denkbar. Damit führt man dem Leerstand eine neue Nutzung zu und gibt den universitären Projekten einen Raum.

Mit dem Zusammenschluss der neuen RPTU Kaiserslautern - Landau bieten sich Chancen für interdisziplinäre Forschung und Lehre. Für uns bleibt wichtig, dass der Landauer Campus in seiner Größe und Bedeutung bestehen bleibt. Diese Entwicklung wollen wir als Stadtrat gemeinsam mit dem Universitätsausschuss begleiten.

Kapitel 5: Mobilität

Die Mobilitätswende ist die dritte zentrale Säule des Klimaschutzes neben Energie- und Wärmewende. Sie macht unsere Stadt auch sicherer, reduziert Lärm und Luftverschmutzung und erhöht die Aufenthaltsqualität. Die Mobilitätswende macht Landau besser.

Schon 2018 wurden 59% aller Wege in Landau und den Stadtdörfern zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt. Wir haben seit der letzten Stadtratswahl viel getan um Rad- und Fußverkehr noch attraktiver zu machen: Einbahnstraßen für den Radverkehr geöffnet, Aufstellflächen an Ampeln markiert, Lücken im Radwegenetz der Stadt geschlossen, neue Fahrradverbindungen in die Stadtdörfer gebaut, touristische Radwegeschilder aufgestellt, dutzende Fahrradstraßen ausgewiesen und hunderte Fahrradbügel installiert; einige Überquerungsinseln geschaffen, die Fußgängerzone neu geregelt, Barrierefreiheit vorangetrieben, Gehwege saniert und damit begonnen, an Ampeln die Grünzeiten für den Fußverkehr zu verlängern. Dem Ziel einer Stadt der kurzen Wege sind wir seit 2019 nähergekommen.

Dazu kam ein neues Stadtbussystem, das für Kernstadt, Horst, Queichheim und die Wollmesheimer Höhe eine viel engere Taktung und umstiegsfreie Verbindungen in die Innenstadt brachte. Insbesondere für die Stadtdörfer und für den öffentlichen Nahverkehr am Abend und in der Nacht war die Flexline die richtige Idee zur richtigen Zeit. Mit dem Parkraummanagement haben wir für eine Entlastung der Parksituation in Quartieren der Kernstadt gesorgt. Nicht zu vergessen unser letztlich erfolgreicher, jahrelanger Kampf für das kommunale Blitzen, das seit Anfang 2023 einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit leistet.

Es bleibt viel zu tun.

Als Stadt in einer ländlichen Region pendeln täglich viele Menschen nach Landau und aus Landau heraus. Der aktuelle Ausbauzustand des ÖPNV stellt für viele noch keine gute Alternative zum Auto dar.



Beiträge zur Besserung können sowohl die Ausweitung der Flexline als auch die Buslinien der Landkreise schaffen, aber die Lösung liegt auch auf den Schienen. Mit der Südpfalzbahn sind wir bereit, Reaktivierungen, Elektrifizierung und zweigleisigen Ausbau der Strecken zu realisieren und die Alternativen zu schaffen, die es braucht.

In der Stadt selbst treten wir GRÜNE für verkehrsberuhigte Quartiere ein. In Wohnquartieren wollen wir, dass Fuß- und Radverkehr Vorrang genießen, die Straßen sicher genug sind, um auf ihnen zu spielen und Verkehrslärm keine Rolle spielt. Den motorisierten Durchgangsverkehr lenken wir deshalb auf die gut ausgebauten Vorrangrouten für den Autoverkehr, damit es weder Zeit noch Strecke spart, durch Wohnquartiere abzukürzen. Diese erprobte und bewährte Strategie wollen wir auf die gesamte Stadt übertragen.

5.1 Südpfalzbahn

Die Reaktivierung der Strecke Landau-Germersheim würde eine vor Jahrzehnten aufgegebene Ost-West-Verbindung in der Südpfalz wiederherstellen und wäre der erste wichtige Schritt zum Aufbau eines regionalen Stadtbahnnetzes. Als GRÜNE halten wir die Kombination aus Regionalbahnen und Straßenbahnen, die direkt in die Innenstädte und Gewerbegebiete fahren können, für einen erfolgsversprechenden Ansatz. Deshalb muss das Betriebskonzept einer Reaktivierung Landau-Germersheim über den Landauer Hauptbahnhof hinausgedacht werden. Das Gesamtprojekt "Südpfalzbahn" fasst mehrere Projekte und Projektideen zu einem Ganzen zusammen. Dazu gehört die Reaktivierung Landau-Offenbach-Herxheim mit Anschluss des Landauer Gewerbegebiets Mitte und einem möglichen Weiterbau an die Rheintrasse. Klar ist bereits, dass die durchgängige Zweigleisigkeit der Strecke Neustadt-Landau-Karlsruhe technisch machbar ist. Aus Landauer Sicht wären außerdem zusätzliche Verbindungen, insbesondere für Pendlerinnen und Pendler, auf allen Strecken am Morgen und Nachmittag ein Gewinn. Für Freizeitverkehr und Tourismus wäre außerdem ein Nachtverkehr zwischen Neustadt und Karlsruhe eine Bereicherung. Wir wollen diese Projekte zusammenfassen und, wo nötig, mit städtischem Geld unterstützen. Eine Machbarkeitsstudie zu einem Landauer Straßenbahn(teil)system wollen wir beauftragen.

5.2 Busverkehr

Im Stadtbussystem wird an den Buslinien 537 (Kernstadt) und 538 (Horst) deutlich, dass vier Verbindungen pro Stunde die entscheidende Schwelle sind, um einen attraktiven Busverkehr zu schaffen. Wir werden deshalb die Linien für Queichheim (536) und Wollmesheimer Höhe (535) auf dieses Niveau bringen, auch um das neue Stadtquartier im Südwesten und den Neuen Messeplatz im Gewerbegebiet Mitte gut an die Innenstadt anzuschließen. Um die noch bestehenden Lücken in unserem Stadtbussystem zu schließen, werden wir eine neue Linie Nordost-Südwest einführen (Lazarettstraße, Horststraße, Haardtstraße).

Regionale Buslinien, die Landaus Hauptbahnhof anfahren oder von dort zu Fahrten in den Landkreis starten, sind in der Trägerschaft der Landkreise. Änderungen und Ausschreibungen sind aber von Seiten der Stadt Landau zustimmungspflichtig. Wir werden bei Neuausschreibungen dafür sorgen, dass ein ausreichend gutes Angebot an ÖPNV auch im ländlichen Raum um Landau herum eingeführt wird.



Standardmäßig soll beim Erwerb einer Kulturveranstaltungskarte auch die Nutzung des ÖPNV an diesem Abend beinhaltet sein (Kulturticket). Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass beim Cityticket des Fernverkehrs zukünftig auch Landau berücksichtigt wird. Um die Effizienz des Busystems zu steigern, wollen wir außerdem von Ticketkontrollen durch die Busfahrerinnen und Busfahrer absehen.

5.3 Flexline

Um weniger dicht besiedelte Bereiche der Stadt, die Stadtdörfer und auch Zeiten, in denen es früher gar keinen ÖPNV gab, abzudecken, wurde die Flexline eingeführt. Sie ist genau dafür eine ideale Ergänzung zum Stadtbussystem. Flexibel buchbar, effizient und günstig ist sie konkurrenzfähig zum eigenen Auto. Bei Veranstaltungen wie Landauer Sommer, Herbstmarkt und Kerwe in den Stadtdörfern wollen wir sie stärken und insgesamt auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten. Den Nachtverkehr werden wir einführen und beibehalten. An Abenden und Wochenenden brauchen wir schon heute mehr Kapazitäten, für die wir sorgen werden. Tagsüber muss das Stadtbussystem den Großteil der Verkehrsleistung erbringen.

5.4 Fußverkehr

Alle Menschen sind "Fußverkehr". Ob Kinderwagen oder Rollstuhl, ob Gehhilfe oder auf zwei Beinen: Die Geschwindigkeit, Perspektive und Bedürfnisse von Fußgängerinnen und Fußgängern soll Richtschnur zukünftiger Verkehrsplanungen sein. Wir machen Schluss mit der Verschmälerung von Gehwegen und sorgen für die nötigen Mindestbreiten, damit sich Kinderwagen und Rollstuhl ohne Problem begegnen können. Das Mindeste ist es, an Fußgängerampeln die Grünphasen so zu verlängern, dass auch eine Seniorin oder ein Senior mit Gehhilfe es sicher über die Straße schafft. Abgesenkte Bordsteine, regelmäßige Sitzgelegenheiten (im Schatten), Blindenleitlinien und akustische Signale sind alles wichtige Beiträge zur Barrierefreiheit und für den Fußverkehr. Um das voranzubringen, wollen wir Quartier für Quartier die Sanierung der teilweise seit Jahrzehnten maroden Gehwege in die Wege leiten, um Stolperfallen zu beseitigen. Wo nötig werden wir Überquerungsinseln und wo möglich Zebrastreifen installieren lassen, sowie als Beitrag zur Verkehrssicherheit Tempo 30 ausweiten. Keine einzige Verletzte und kein einziger Verletzter im Straßenverkehr ist unser Ziel für Landaus Zukunft ("Vision Zero"). Das alles bezweckt zugleich die Förderung einer kindergerechten Stadt und einer lebendigen Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität.

5.5 Radverkehr

Drei Euro pro Mensch und Monat für den Radverkehr waren für unsere Arbeit der letzten Jahre der wichtigste Punkt aus dem Kommunalwahlprogramm 2019. Bis dahin waren es weniger als 0,50 Euro pro Mensch und Monat. Um den Kostensteigerungen im Baubereich zu begegnen und die zukünftigen Projekte finanzieren zu können, wollen wir auf fünf Euro pro Mensch und Monat kommen und wollen weitere Projekte hin zu einer Fahrradstadt Landau angehen.



Nach Abschluss der Projekte Merowingerbrücke, Brücke am Hauptbahnhof zum Schulzentrum-Ost und Klimaschutz durch Radverkehr wollen wir weitermachen. Mit einer Fuß- und Radwegebrücke im Fort zum Nußdorfer Tor leisten wir einen Beitrag zum Erbe unserer Stadt aber auch zur barrierefreien und beleuchteten Erschließung des Universitätscampus von Norden. Schon vor Jahrzehnten wurde Queichheim eine Fuß- und Radwegebrücke ins Gewerbegebiet (D9) versprochen, welche wir umsetzen wollen. Darüber hinaus sind die Weiterführung der Radwegeprogramme in die Stadtdörfer, zwischen den Stadtdörfern und in den Landkreis sowie weitere Arbeiten am Radring um die Kernstadt geplant.

Im Rahmen der verkehrsberuhigten Stadtquartiere werden wir zusätzliche Fahrradzonen und Fahrradstraßen ausweisen sowie Lücken im bestehenden Wegenetz konsequent schließen. Ein Fahrradverleihsystem wollen wir fortführen.

5.6 Parkraummanagement und motorisierter Verkehr

Wir werden das vom Stadtrat 2023 beschlossene Konzept zur Ausweitung des Parkraummanagements in der Umsetzung unterstützen. Das Management sorgt dafür, dass Kapazitäten für diejenigen zur Verfügung stehen, die es dringend brauchen und entspannt Situationen in stark beanspruchten Quartieren. Es ist auch heute schon klar, dass in Nachbarschaft zu neuen, verdichteten Quartieren oder von Nachverdichtungsprojekten Parkraummanagement notwendig ist, um die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner zu schützen.

Analysen der Stadtverwaltung haben gezeigt, dass es im Bereich der Innenstadt durchschnittlich 360 bis 630 freie Stellplätze in fußläufiger Distanz zur Fußgängerzone an zentralen Parkplätzen gibt. Diskutiert werden meistens jedoch einige wenige dezentrale Stellplätze direkt an der Fußgängerzone. Wir unterstützen deshalb die Realisierung eines Parkleitsystems, das Gäste unserer Stadt zielgerichtet zu freien Stellplätzen lenkt - auch als Beitrag für unseren Einzelhandelsstandort.

Auf den Vorrangrouten für Autos plant die Stadtverwaltung eine komplette Neuprogrammierung der Landauer Ampelsteuerung. Das Fahren von roter Ampel zu roter Ampel hilft weder Pendlerinnen und Pendlern noch dem Klimaschutz. Deshalb unterstützen wir GRÜNE diese seit Jahrzehnten anstehende Verbesserung und wollen mit ihr zugleich ein Mehr an Verkehrssicherheit, insbesondere für den Fußverkehr, erreichen.

Jede Ausweitung der Carsharing-Angebote von PKWs werden wir unterstützen. Aus unserer Sicht vorstellbar ist auch ein System mit Elektrorollern, nicht jedoch mit so genannten "E-Scootern" (E-Tretroller). Diese haben sich als Belastung für den Fußverkehr und Menschen mit Beeinträchtigungen erwiesen.



Kapitel 6: Finanzen

In den vergangenen Jahren konnte die Stadt Landau dutzende (XX) Millionen Euro an Altschulden abbauen. Vier der letzten fünf Haushaltsjahre konnten Überschüsse ausweisen, wobei das fünfte das Corona-Krisenjahr 2020 war.

Unser Ziel eines strukturellen Haushaltsausgleichs haben wir zum Haushaltsjahr 2024 erreicht, ohne weniger in die Zukunft und die Infrastruktur unserer Stadt zu investieren.

Mit dem Haushaltsausgleich folgen zwei weitere Herausforderungen. Ohne einen ausgeglichenen Haushalt dürfen kommunale Parlamente nur absolut notwendige Projekte beginnen. So genannte "Freiwillige Leistungen" wie Kultur oder der Zoo durften kein zusätzliches Geld erhalten. Mit der neu gewonnenen Freiheit, als Stadtrat nun selbst entscheiden zu können, wollen wir verantwortungsbewusst umgehen. Auch in den kommenden Jahren müssen ausgeglichene Haushalte beschlossen werden. Gleichzeitig werden mit dem Haushaltsausgleich auch die Förderquoten sinken.

Wenn in der Vergangenheit beispielsweise die Sanierung einer Straße zu 90% gefördert wurde, wird sie zukünftig nur noch zu 75% gefördert werden. Das bedeutet, um dieselbe Anzahl an Projekten umzusetzen, braucht es zwei bis zweieinhalb Mal so viele Investitionsmittel vonseiten der Stadt.

Wir halten die Steuer auf Unternehmensgewinne für die beste Möglichkeit, diese notwendigen Investitionen in die Zukunft unserer Stadt zu stemmen. Aktuell zahlen Unternehmen in Landau erst ab einem Freibetrag von 24.000 Euro einen Anteil von 14,42% "Gewerbsteuer". Unternehmen ohne Gewinne werden durch die Steuer auf Unternehmensgewinne nicht belastet. Gleichzeitig sind Faktoren wie Kinderbetreuung (Ganztag, flexibel), Verkehrsinfrastruktur (Südpfalzbahn) und Wohnraum (Azubiwohnheim) wichtig, gerade für Unternehmen. Eine Erhöhung von bis zu 1,6 Prozentpunkten halten wir deshalb für vertretbar zur Finanzierung dieser Gemeinschaftsprojekte.

6.1 Grundsteuern A und B

Die Steuer auf bebaute Grundstücke (Grundsteuer B) trifft insbesondere Wohngebäude und verteuert so das Leben in unserer Stadt noch weiter, weshalb wir sie für die schlechtere Option im Vergleich mit der Gewerbsteuer halten. Keine relevanten zusätzlichen Einnahmen lassen sich mit Erhöhungen bei der Steuer auf landwirtschaftliche Flächen (Grundsteuer A) erzielen. Da sie gleichzeitig eine kleine Gruppe wichtiger Akteurinnen und Akteure gezielt belastet, wollen wir von Erhöhungen in diesem Bereich weiterhin absehen.

6.2 Leerstandssteuer und Grundsteuer C

Die Idee der Leerstandssteuer ist in erster Linie, leerstehende Objekte wieder als Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Vorsichtigen Schätzungen nach ließen sich mit ihr aber zumindest am Anfang gut zwei Millionen Euro pro Jahr für den städtischen Haushalt gewinnen.



Ihre steuernde Wirkung wird dazu führen, dass die Einnahmen mit den Jahren geringer werden. Sollte die Wohnraumschutzsatzung (auch: Zweckentfremdungsverbotssatzung) nicht die gewünschten Ziele erreichen, wäre der Weg einer Leerstandssteuer immer noch gangbar.

Eine ganz ähnliche Wirkung soll die zukünftige Steuer auf bebaubare aber unbebaute Grundstücke entfalten. Diese sogenannte Grundsteuer C trifft vor allem Baulücken in alten Neubaugebieten, die als Wertanlage missbraucht werden und Menschen die Möglichkeit vorenthalten, Wohnraum zu schaffen. Wir werden unsere kommunalen Möglichkeiten bei der Grundsteuer C maximal ausschöpfen.

6.3 Verwaltungsinfrastruktur

Landaus Stadtverwaltung ist über die halbe Stadt verteilt. Die Anmietungen nur weniger dieser Liegenschaften summieren sich bereits auf über 600.000 jährlich. Auch wenn langfristig Digitalisierung, Fachkräftemangel und Bürokratieabbau sowie Homeoffice zu weniger Arbeitsplätzen

führen dürften, wird es auch noch in vielen Jahrzehnten eine öffentliche Verwaltung geben. Wir setzen deshalb auf eigene Strukturen und Gebäude, um Mietkosten zu sparen und werterhaltend zu arbeiten. Statt einer Universitätsansiedlung, die erheblich mehr Verkehr produziert hätte, halten wir deshalb eine Verwaltungsnutzung in der Cornichonstraße für eine sinnvolle Vorgehensweise. Diese sollte auch einen Beitrag leisten für die Gewinnung und Bindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, beispielsweise durch Strukturen der Kinderbetreuung und Cafeteria.

Kapitel 7: Wirtschaft

Landau ist eine wachsende Stadt und ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Fast zwei Drittel der Landauer Unternehmen sehen laut IHK Standortumfrage in den letzten 5 Jahren eine positive Entwicklung der Stadt. In den letzten 20 Jahren hat die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter in Landau um 50 % zugenommen. Etwa 13 % dieser sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Durch erweiterte Investitionen in Kitas und Schulen wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Integration in Landau fördern und die Unternehmen bei der Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unterstützen. Der Zuzug von Menschen, egal ob geflüchtet oder immigriert, ist unabdingbar für den Wirtschaftsstandort Landau. Daraus erwachsen große Chancen und Herausforderungen für uns als Gesellschaft.

7.1 Gewerbeflächenmanagement

Landau wird über die im neuen Regionalplan zugewiesenen Flächen für Gewerbe hinaus in Zukunft keine weiteren Gewerbeflächen erhalten. Die schon seit vielen Jahren bestehenden Flächensparziele sowohl des Landes wie auch des Bundes sind hier eindeutig. Umso wichtiger ist es, zukünftig die vielen Leerstände auch in Gewerbearealen wieder nutzbar zu machen und umzuorganisieren. Oftmals sind Betriebe aus ihren bisherigen Standorten in Wohngebieten herausgewachsen und könnten sich an neuen Standorten besser und freier entwickeln.



Gleichzeitig wäre das oftmals ein Beitrag für die Lebensqualität im Wohnumfeld des alten Standortes, an dem ehemalige Gewerbeflächen zu Wohnraum entwickelt werden können. Die Stadt sollte mit der Wirtschaftsförderung aus unserer Sicht aktiver in Fragen des Flächenmanagements und der Vermittlung von Gewerbeflächen agieren und damit auch einen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten.

7.2 Innenstadt und Gastgewerbe

Landau hat einen attraktiven Einzelhandel. Wir wollen die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zum zentralen Differenzierungsmerkmal machen, mit dem sich Landau von umliegenden Einkaufsmöglichkeiten abhebt. Das Zusammenspiel von Kultur und Veranstaltungen ist dabei ein wichtiger Faktor. Verkehrslenkung und Parkraummanagement sichern dabei die Erreichbarkeit, während Verkehrsberuhigung und Begrünung die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt gewährleisten.

Wir unterstützen die Zwischennutzung von gewerblichen, öffentlichen und privaten Flächen. Über Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG) wollen wir unsere lebendige Innenstadt weiterentwickeln und können uns dazu eine Form der Public Private Partnership vorstellen. Zu dieser Weiterentwicklung können auch autoarme Logistikkonzepte für Innenstadt und Fußgängerzone zählen, die wir unterstützen werden.

Das Gastgewerbe verzeichnet in Landau über 100.000 Übernachtungen pro Jahr. Die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche sind wichtige Wirtschaftszweige. Wir unterstützen die Ausweisung und Entwicklung eines Kerngebietes im Bereich Deutsches Tor/Industriestraße, um diese Branchen zu fördern und mit den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner auszubalancieren.

7.3 Energie

Im Sinne der Sektorenkopplung wollen wir Industrie, Verkehr, Strom und Wärme Landaus vernetzen, um Synergieeffekte zwischen Unternehmen, städtischen Eigenbetrieben und Verbraucherinnen und Verbrauchern besser zu nutzen. Kurze Wege zwischen beispielsweise der Produktion von Sauerstoff als Abfallprodukt in Landauer Unternehmen und dessen Bedarf in der städtischen Kläranlage sorgen für zusätzliche Einnahmequellen für die Unternehmen. Aber auch der Bedarf an Wärme und Kälte, Strom und Wasserstoff kann durch geschickte Vernetzung von Produktion und Verbrauch innerhalb der Stadt gedeckt werden. Das fördert Verlässlichkeit und senkt die Kosten für alle Beteiligten.

Sinkende Kosten werden auch mit der Energie- und Wärmewende einhergehen. Kein Strom ist heute so günstig wie der aus Windkraft und Photovoltaik. Deren Ausbau muss weitergehen, während wir gleichzeitig an Speichermöglichkeiten, Leitungen und Trafostationen arbeiten müssen. Die Einbindung von Gewerbegebieten in die entstehenden Wärmenetze in unserer Stadt gehen in dieselbe Richtung. Die Bedürfnisse der Wirtschaft sind deshalb bei beiden Themen weiterhin von Anfang an miteinzubeziehen.



Durch das beschlossene Gewerbegebiet an der A65 werden weitere Möglichkeiten für das verarbeitende Gewerbe entstehen, das schon heute mit fast 2000 Beschäftigten ein starker Teil Landaus ist. Bei der Weiterentwicklung des Gewerbeparks achten wir darauf, dass energetische und ökologische Fragen ausreichend berücksichtigt werden.

7.4 Verkehrsinfrastruktur

Angewiesen auf Arbeitskräfte aus der Region und Umland wissen wir, dass Pendlerinnen und Pendler wichtig sind für den Wirtschaftsstandort Landau. Die positive Entwicklung des im Landkreis Germersheim gelegenen Gewerbegebiets an der Stadtbahnstrecke nach Karlsruhe, bestärkt uns darin, dass die Entwicklung der Südpfalzbahn der richtige Ansatz zur Verbesserung der Erreichbarkeit Landaus für Pendlerinnen und Pendler ist. Sie fließt zusammen mit der stärkeren Nutzung der Schiene für den Transport von Gütern. Für beide Projekte sind die zweigleisige Elektrifizierung der Bahnstrecke Neustadt – Landau – Karlsruhe wie auch Reaktivierung, Ausbau und Elektrifizierung der Strecken nach Pirmasens, Germersheim und Offenbach/Herxheim wichtige Zukunftsprojekte. Im Rahmen der Entwicklung des Gewerbegebiets D12 wollen wir eine Reaktivierung sowie zusätzliche Bahnhaltepunkte für die Gewerbegebiete im Landauer Norden und Südosten. Landau braucht seine drei Autobahnabfahrten sowie die grundsätzliche Anfahrbarkeit der Stadt und unserer Gewerbebetriebe für motorisierte Fahrzeuge. Wir treten deshalb für eine konstruktive Arbeitsbeziehung mit Landesbetrieb Mobilität und Autobahn GmbH ein. Innerhalb der Stadt steht eine Neuprogrammierung des gesamten Ampelsystems auf den Autovorrangrouten an. Die Funktionalität dieses Verkehrssystems werden wir verbessern. Zeitgleich ist für die anstehende Elektrifizierung der Fahrzeugflotten zu arbeiten. Die Weiterentwicklung des Handwerkerparkausweises in der Metropolregion und die parallele Einführung eines ähnlichen Parkausweises für Sozial- und Pflegedienste sowie Ärzte und Hebammen unterstützen wir.

7.5 Azubiwohnheim

Wohnen ist neben Faktoren wie Verkehrsinfrastruktur und Kinderbetreuung einer der entscheidenden Faktoren zur Gewinnung von Arbeitskräften. Dazu gehört insbesondere auch die Verfügbarkeit von Mietwohnraum. Dieses Thema bearbeiten wir allgemein im Bereich Wohnungspolitik, auch für den Wirtschaftsstandort. Eine Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft erhoffen wir uns bei einem besonderen Projekt: Einem Wohnheim für Auszubildende. Während das Land Rheinland-Pfalz zwar Wohnheime für Studierende baut, gibt es kaum günstigen Wohnraum für Azubis. Für die nächsten Jahre wollen wir ein Projekt des Gebäudemanagements Landau für Menschen in dualer Ausbildung realisieren. Jeder Beitrag zur Förderung von Ausbildungsberufen ist gesamtgesellschaftlich wie auch wirtschaftlich wichtig.



7.6 Bürokratie, Verwaltung und Digitalisierung

Rechtsstaaten brauchen Verwaltungen, die die Einhaltung von Recht und Gesetz achten. Zugleich haben sich in vielen Bereichen aus dem Wunsch heraus, Dinge gut zu regeln, aufwendige bürokratische Prozesse entwickelt, die Verwaltungsabläufe wie auch wirtschaftliches Handeln erschweren. Die soziale Marktwirtschaft braucht Regularien, aber überbordende Bürokratie braucht sie nicht. Wir treten in allen Bereichen für möglichst schlanke, auch die Verwaltung entlastende, Prozesse ein. Genehmigungsverfahren, seien es Gründungen oder Gewerbebeanmeldungen oder Bauanträge, müssen schneller bearbeitet werden.

Die Digitalisierung der Verwaltung und ihrer Abläufe ist dafür ebenso wichtig wie einfache, sich auf das Wesentliche konzentrierende Verfahren und ausreichend Personal. Die Digitalisierung aller Bürgerinnen und Bürger betreffenden Prozesse im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) muss voran getrieben werden.

Kapitel 8: Demokratie

Wir leben in einer repräsentativen Demokratie, weil wir als Stadtgesellschaft nicht jede wichtige Entscheidung mit 48.000 Menschen beraten können. Deshalb wählen wir alle fünf Jahre 44 Stadträtinnen und Stadträte. Sie vertreten die verschiedenen Interessen und Perspektiven, wägen Vor- und Nachteile ab, müssen die langfristigen Folgen von Entscheidungen bedenken. Wir wollen ein Zusammenwirken aller sozialen Schichten und Generationen. Es wird hoffentlich immer ältere Menschen und auch Kinder in Landau geben, mit ihren unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnissen. Deshalb wollen wir unsere Demokratie so gestalten, dass zukünftige Generationen noch dieselben Möglichkeiten und Freiheiten haben, wie wir heute sie haben und hatten. Dies ist die Verantwortung, der wir GRÜNE uns stellen.

8.1 Koalition

8.2 #noAfd

Wir schließen weiterhin jedwede Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien und Fraktionen konsequent aus. Außerdem arbeiten wir nicht mit Fraktionen zusammen, die ehemalige AfD-Mitglieder in ihre Stadtratsfraktion aufnehmen.



8.3 Stadtdörfer

Es gibt in den Stadtdörfern eine langanhaltende und zumindest stabile Unzufriedenheit mit der Struktur der Ortsbeiräte. Durch die Gemeindeordnung des Landes festgelegt, haben Ortsbeiräte nur wenige Entscheidungen zu treffen. Deshalb werden viele Entscheidungen, die ein Stadtdorf betreffen, ausschließlich im Stadtrat oder in Ausschüssen des Stadtrates getroffen. Gleichzeitig gibt es in manchen Stadtdörfern eine Tendenz zu langen, millionenschweren "Wunschlisten" und Enttäuschung darüber, wenn diese nicht erfüllt werden.

Wir GRÜNE wollen, dass die Ortskenntnis der Ortsbeiräte hilft, das Leben in den Stadtdörfern besser zu machen. Dazu braucht es aus unserer Sicht einen Prozess, der klärt, wie die Beteiligung bei welchen Themen gestaltet wird. Darüber hinaus sollte ein Ortsbeirat auch bei Themen verstärkt gehört werden, die das jeweilige Stadtdorf betreffen, auch wenn die finale Entscheidung im Stadtrat getroffen werden muss.

Gleichzeitig würden wir die Budgets der Stadtdörfer erhöhen. Daraus können dann für das Stadtdorf kleinere Maßnahmen durch den Ortsbeirat direkt entschieden werden (Straßenmarkierungen erneuern, Tempoanzeigen anschaffen, Fahrradbügel aufstellen, zusätzliche Mülleimer, zusätzliches Dorfgrün, ...).

Als GRÜNE stellen wir uns gegen jede Tendenz der Abspaltung. Landau ist in seiner Vielfalt aus Stadt und Land, auf Quartieren und Stadtdörfern genau richtig. Wer glaubt, einzelne Dörfer seien im Landkreis besser aufgehoben, den laden wir zum Bleiben ein. Die Strukturen einer kreisfreien Stadt bieten uns als Landau die besten Voraussetzungen für die Zukunft aller Teilgemeinden.

8.4 Beteiligung

Die Struktur vieler Beteiligungsformate führt dazu, dass manche Menschen eher teilnehmen als andere: wohlhabendere eher als weniger wohlhabende, gebildetere eher als weniger gebildete, ältere eher als jüngere und Männer eher als Frauen. Deshalb ersetzt Beteiligung keine Entscheidung durch ein repräsentatives demokratisches Gremium wie den Stadtrat oder seine Ausschüsse.

Trotzdem ist es wichtig, dass Stadtpolitik und Verwaltung Themen frühzeitig in die Öffentlichkeit tragen und Vorschläge zur Debatte stellen. Die Rückmeldungen aus diesen Prozessen können eingearbeitet werden und so die Konzepte und Ideen besser machen. Wie schon im Mobilitätsbereich gelebt, werden wir dafür eintreten, dass die Gesamtverwaltung auch in anderen Bereichen so vorgeht.

